Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 83 (2005)
Heft: 4

Buchbesprechung: Europa neoliberal
Autor: Blaser, Markus

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Europa neoliberal

Widerspruch 48: Europa sozial. 264 S., Fr. 25.–. Im Buchhandel oder unter www.widerspruch.ch.

Für Deregulierung hat er vor den SP-Delegierten geworben: EU-Kommissar Günther Verheugen. Spätestens da dürfte den Schweizer GenossInnen klar geworden sein, dass es sich bei der EU nicht nur um ein sozialdemokratisches Projekt zur Ausweitung von Sozial- und Umweltstandards auf die supranationale Ebene handelt. Statt dessen scheint sich der Neoliberalismus auch in Europa als politisches Grundprinzip durchzusetzen. Zu diesem Schluss kommen jedenfalls die Beiträge des bereits im Sommer erschienen Widerspruchs. Zwar mag mit dem Scheitern des EU-Verfassungsentwurfs die Erhebung des Neoliberalismus in den Verfassungsrang (Herbert Schui) fürs Erste verhindert sein, doch verfolgt die so genannte Lissabon-Strategie genau dieselben Ziele (Klaus Dräger). Diese lassen sich unter dem Begriff der «europäischen Wettbewerbsstaatlichkeit» (Markus Wissen) zusammenfassen: Neoliberalismus bedeutet nicht, dass sich Staat bzw. EU zu Gunsten des Marktes zurückziehen, sondern dass diese selbst die «Neoliberalisierung» z. B. durch Privatisierung betreiben. Wie gut doch die bundesrätliche Verscherbelung der Swisscom dazu passt!

Die Vorstellung von der EU als einer «Gegenmacht» zum US-Imperium kommt somit einer Idealisierung gleich, zumal sie selbst als Globalisierungsakteur agiert (Martin Beckmann und Hans-Jürgen Bieling). So fordern ihre Vertreter in der WTO die Liberalisierung des Dienstleistungssektors, was Frauen weltweit überdurchschnittlich und gleich dreifach betrifft: als Arbeitnehmerinnen (Entlassungen), als Nachfragerinnen (weniger Kinderbetreuung) und indem sie als unbezahlte Familienarbeiterinnen die weggesparten Aufgaben wieder übernehmen müssen (Susanne Schunter-Kleemann). Auch gut klingende Ziele wie die im Lissabon-Prozess angestrebte Erhöhung der Frauenerwerbsquote auf 57% im Jahre 2010 erweisen sich gleichstellungspolitisch genauer betrachtet als ungenügend (Petra Beckmann) – von den prekarisierten Arbeitsbedingungen von Migrantinnen in der Care-Economy (Encarnación Guttiérrez Rodríguez) ganz zu schweigen.

Der düstere Gesamteindruck eines «Europa neoliberal» wird nur von wenigen perspektivisch ergiebigeren Beiträgen etwas erhellt. Überraschend sind z. B. die Befunde zur horizontalen Geschlechtersegregation (Trennung in spezifische Frauen- und Männerberufe) im Arbeitsmarkt. Diese ist in den «machistischen» Mittelmeerländern Italien, Spanien und Griechenland am geringsten, am grössten hingegen in den «emanzipierten» Schweden und Finnland. Stephanie Steinmetz erklärt dies mit der starken Ausweitung insbesondere der Care-Economy bei allgemein geringeren Lohnungleichheiten im Norden. Dass Mindestlöhne ein erfolgreiches Mittel zur Besserstellung von Frauen sind, aber noch nicht Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern garantieren, zeigt Natalie Imboden. Sie schlägt deshalb die Verbindung beider Strategien vor und empfiehlt, neben Lohndumping auch Lohndiskriminierung staatlich kontrollieren zu lassen.

Michael R. Krätke entwirft eine linke Strategie für ein europäisches Sozialmodell auf drei Ebenen. National ist mehr soziale Sicherheit nötig durch Transferleistungen im Sinne «sozialer Investitionen» (z. B. in Bildung oder Kinderbetreuung). Zwischenstaatlich braucht es einen europäischen Arbeitsmarkt durch die Harmonisierung der nationalen Sozial-, Bildungs-,

Gesundheits- und Rentensysteme, einen europäischen Mindestlohn und ein einklagbares Sozialrecht. Transnational ist die Rolle der europäischen Fonds zu stärken, die nationale Unterschiede teilweise auszugleichen vermögen, deren Finanzierung jedoch zusätzlich eine europäische Steuerreform erfordert. Ähnlich konkrete Vorschläge macht auch André Brie. So könnte man z. B. Staaten mit ähnlichen Sozialleistungsquoten in «Länderkorridoren» gruppieren. Unterschreitet ein Land den eigenen Ausgangswert, wird, wie beim Verstoss gegen die Maastricht-Kriterien, ein Konsultationsverfahren mit allfälligen Sanktionen eingeleitet. Das verhindert Sozialdumping. Umgekehrt reduzieren die Korridore den Druck auf die neuen EU-Länder, sich den westlichen Standards raschmöglichst anzupassen. Die Angleichung nach oben ist aber natürlich möglich und kann auch mit dem Wechsel in einen höheren Korridor belohnt werden.
Man wünschte sich, dass mehr Artikel über die blosse Analyse der Situation hinausgingen und Vorschläge zur Überwindung derselben entwickelten. Indem der Widerspruch jedoch die Tatsache erhellt, dass «Europa sozial» (noch) keineswegs der Realität entspricht, verweist er auf die grossen Aufgaben, welche allen voran die SP, die ja nach Europa will, auch programmatisch zu bewältigen hat.

Hier greifen zwei Beiträge in die Debatte um das neue SP-Wirtschaftskonzept ein. Willi Eberle und Hans Schäppi fordern eine Abkehr vom Korporatismus mit den Bürgerlichen, auf dessen Fortführung das Wirtschaftskonzept von 1994 hauptsächlich gerichtet gewesen sei, da sich die SP an einem Wendepunkt befinde: Einerseits seien die Hauptziele (Wachstum und Arbeitsplätze) nicht erreicht worden, andererseits wachse die Kritik am Neoliberalismus und führe Teile der SP wieder näher an die Gewerkschaften. Vor diesem Hintergrund üben Eberle/Schäppi harte Kritik am sozialliberalen Kurs von Sommaruga/Strahm und erblicken Alternativen bei Jean-Claude Rennwald und im Oltner Kreis. Das angestrebte «linke emanzipatorische Projekt» bleibt als Alternative zur «Modernisierungspartei» aber inhaltlich einigermassen unscharf, so es nicht über Slogans wie «radikale Umverteilung der Arbeit» oder «demokratische Kontrolle der grösseren Unternehmungen» hinaus weist.
Auch Gian Trepp empfiehlt der SP einen Bruch, doch zielt er auf den reformistischen «Burgfrieden» mit dem Finanzkapital. Nach dem Scheitern der EU-Verfassung könne die Linke den Prozess zu nationalen Re-Regulierungen im «Europa der Vaterländer» zum Aufbau eines «europäischen Sozialkapitalismus» nutzen. Dabei könnte der Schweizer Finanzplatz die Dienstleistung einer zentralen Verrechnungsstelle für die nationalen Wirtschaften in einem europäischen Finanzraum erbringen. Weil der Finanz- nicht wie der Währungsraum auf der Finanz-, sondern der Realwirtschaft basiert, würden dadurch im CH-Finanzsektor neue und ethisch unbedenkliche Arbeitsplätze geschaffen. Ohne diesen Wandel würden die Grossbanken hingegen Schweizer Stellen abbauen, weil es ihnen im Sog des anglo-amerikanischen Finanzkapitalismus letztlich egal ist, wo die Arbeitsplätze sind. Trepps Sozialkapitalismus-Konzept ist als Vision gleichermassen anregend wie in sich stimmig. Widersprüchlich ist jedoch der Weg dahin: Weder benennt Trepp die möglichen Bündnispartner (Raiffeisenkassen? Kantonalbanken? Postbank?), noch erklärt er ausreichend schlüssig, weshalb der Kampf gegen die Grossbanken heute Erfolg versprechender sein soll als der «Burgfrieden» in der Vergangenheit. Eingang ins SP-Wirtschaftskonzept hat der Vorschlag bis jetzt offenbar nicht gefunden.

Markus Blaser